

Einseitige Werbung für Fabrikverkäufe

Von Steuergeldern finanzierte Tourismusförderung buhlt um zahlungskräftige Kundschaft aus dem Ausland und vergrätzt den Handel

Mit Steuergeldern preist die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) in ganzseitigen Anzeigen Deutschland als Shopping-Reiseziel an. Zur Enttäuschung des Einzelhandels fällt die Werbekampagne allerdings einseitig aus: Angepriesen wird da lediglich der Einkaufsbummel in Outlet-Shoppingcentern.

VON MARKUS GRABITZ
AUS BERLIN

BERLIN. Die Anzeige wird im Lufthansa-Bordmagazin und in Hochglanz-Reisemagazinen geschaltet. Sie richtet sich an eine kaufkräftige Leserschaft. Die Botschaft ist klar: Touristen mit einer gut gefüllten Geldbörse sollen animiert werden, bei einem ausgedehnten Einkaufsbummel nicht auf den Euro zu achten. „Nehmen Sie mehr als nur schöne Erinnerungen mit nach Hause“, heißt es da. Und dann geben die Werbestrategen einen Tipp, wo man das Geld gut ausgeben kann. „Besonders anziehend ist das Angebot in unseren Outlet-Shoppingcentern für Design und Kleidung.“ Dann gibt es noch einige warme Worte für „unsere Restaurants, Bars und stilvollen Hotspots“. Der Einzelhandel, der in den Innenstädten einen harten Existenzkampf führt, geht dagegen leer aus.

Auch die Auswahl der Städte, die für den Einkaufsbummel in „Deutschland. Das Reiseland“ angepriesen werden, hat es in sich: München, Frankfurt und Berlin werden eigens erwähnt. Und was ist mit Stuttgart, Köln oder Hamburg? Fehlanzeige.

Die Anzeigen werden bezahlt von der Deutschen Zentrale für Tourismus mit Sitz in Frankfurt am Main. Die DZT wird großzügig unterstützt vom Bundeswirtschaftsministerium. In diesem Jahr hatte die DZT für Imagekampagnen 37,7 Mio. Euro zur Verfügung. Ein Großteil davon kam vom Bundeswirtschaftsministerium, nämlich 27,2 Mio. Euro. Zahlreiche Verbände unterstützen die DZT, aber auch einige Unternehmen. Darunter findet sich übrigens auch die Outletcity Metzinger Holy AG. Das mag ein Hinweis darauf sein, warum die Anzeige den Einkaufsbummel in Outletcentern so dringend empfiehlt.

Der Handelsverband HDE, die Spitzenorganisation des Einzelhandels, ist empört. HDE-Geschäftsführer Rolf Pangels sagte gegenüber unserer Zeitung: „Diese steuerfinanzierte Kampagne zugunsten der Outletcenter ist ein Schlag ins Gesicht von allen Einzelhändlern, die sich bemühen, die Innenstädte attraktiv zu halten.“ Die Haupteinkaufszonen in den Innenstädten hätten mehr zu bieten als das „reduzierte und über-schaubare Angebot in Outletcentern“. Pangels hält die Kampagne nicht nur für wirtschaftspolitisch fragwürdig, sondern auch noch für schlecht gemacht: „Es ist doch kurios, dass für den Einkaufsstandort Deutschland ausgerechnet mit Outlets geworben



So wird in Hochglanzmagazinen für kaufkräftige Touristen geworben. Von Großstädten wie Stuttgart oder Köln ist allerdings nicht die Rede

wird. Sie befinden sich häufig nicht in den attraktiven Städten, sondern an den Autobahnkreuzen.“

Der Rottweiler FDP-Abgeordnete Ernst Burgbacher, Staatssekretär und Tourismusbeauftragter im Bundeswirtschaftsministerium, kann die Kritik nicht verstehen. Der Liberale sagte gegenüber unserer Zeitung: „Ich habe an der Anzeige nichts auszusetzen.“ Das Werben um Shopping-Touristen

sei ein wichtiges Instrument, um ausländische Touristen nach Deutschland zu locken. „Umsatz wird dabei vor allem in den Metropolen, an Flughäfen und in Outletcentern gemacht.“

Auch bei der DZT sieht man keinen Grund, die Anzeige zu überdenken. Norbert Tödter von der DZT erklärt gegenüber unserer Zeitung: „Die Anzeige basiert auf Erkenntnissen der Marktforschung.“ Dem-

nach werde in den Städten München, Frankfurt und Berlin allein 60 Prozent des Umsatzes von jenen ausländischen Touristen gemacht, die in Deutschland auf Einkaufstour gehen. Die DZT habe sich als Zielgruppe für die Shoppingtourismus-Werbung zahlungskräftige Kunden aus Russland, China, der Schweiz und den Golfstaaten ausgesucht. Auch in deren Heimatländern wurden Anzeigen dieser Art geschaltet.

60-Jährige haben's schwer bei Jobsuche

NÜRNBERG (dpa). Trotz des drohenden Fachkräftemangels stehen ältere Arbeitslose bei der Jobsuche weiter vor hohen Hürden. Je älter Arbeitslose seien, desto geringer seien ihre Chancen, eine Beschäftigung zu finden, heißt es in einer Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Besonders dramatisch stelle sich die Lage der über 60-Jährigen dar. In dieser Gruppe habe nur noch knapp jeder Vierte einen Arbeitsplatz. Allerdings habe sich die Lage älterer Arbeitsloser im Untersuchungszeitraum zwischen 1998 und 2010 leicht gebessert. Die Forscher führen dies unter anderem auf den Wegfall von Anreizen zurück, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen.

„Trotzdem bleiben die Arbeitsmarktprobleme von Älteren unübersehbar“, stellen die Autoren der Studie, Ulrich Walwei und Martin Dietz, fest. So hätten 2010 in der Gruppe der 50 bis 64 Jahre alten Arbeitslosen pro Monat lediglich 3,9 Prozent eine neue Stelle gefunden. Bei den 25 bis 49 Jahre alten Erwerbslosen habe dieser Anteil bei 7,2 Prozent gelegen. Auch sei der Anteil der Langzeitarbeitslosen unter Älteren überdurchschnittlich hoch. Bester Schutz im Alter vor Arbeitslosigkeit ist nach Erkenntnissen der Arbeitsmarktforscher eine gute Ausbildung; das geringste Risiko, arbeitslos zu werden, hätten Akademiker.

Die Last mit den Rohstoffpreisen

Mittelständler schieben Spekulanten die Verantwortung für Schwankungen zu

VON ROLF OBERTEIS
FRANKFURT

FRANKFURT. Deutschen Mittelständlern machen weniger die steigenden Rohstoff- und Energiepreise als die extrem starken Preisschwankungen zu schaffen. „Volatile Preise sind schlimmer als steigende Preise. Damit haben die Firmen ein handfestes Problem, weil es die Kalkulation massiv erschwert“, sagte Commerzbank-Vorstandsmitglied Markus Beumer am Donnerstag. Daneben fürchten viele Firmen um die Sicherheit der Rohstoffversorgung, wie eine neue Studie der Commerzbank zeigt, die Beumer gemeinsam mit Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) vorstellte.

Rund zwei Drittel der 4000 befragten Mittelständler sehen derzeit in steigenden und schwankenden Rohstoffpreisen eine zunehmende Belastung für ihr Geschäft. Verantwortlich dafür ist in ihren Augen nicht nur der zunehmende Wettbewerb auch aus Schwellenländern wie China. Fast 90 Prozent schieben Spekulanten an den Rohstoffmärkten die Hauptverantwortung dafür zu.

Nach Angaben der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) ist Deutschland zu zwei Dritteln auf Importe von Rohstoffen angewiesen – obwohl die Bundesrepublik beim

Thema Recycling führend sei. Auch künftig seien Versorgungsengpässe zu erwarten, obwohl es geologisch genügend Ressourcen gebe, sagte DERA-Chef Volker Steinbach. Ein Problem sei, dass die Vorräte oft regional konzentriert aufträten. Massiv wachsenden Bedarf gebe es vor allem für die 17 verschiedenen Elemente aus der Gruppe der Metalle der Seltenen Erden. Sie werden besonders für die Herstellung von High-Tech-Produkten benötigt, etwa für Brennstoffzellen, Fotovoltaik oder Lasertechnik. Zugleich wächst der weltweite Wettbewerb, weil auch in Schwellenländern die Nachfrage zunimmt. China ist bereits heute der größte Verbraucher und Importeur.

Die sogenannten Seltenen Erden kommen derzeit zu rund 97 Prozent aus China. Weltweit würden zwar in 28 Ländern rund 270 neue Quellen erforscht. Es sei aber davon auszugehen, dass nicht mehr als fünf Prozent davon wirtschaftlich abbaubar seien, sagte Steinbach. Große Ressourcen gebe es etwa in Russland, inwieweit sie technologisch aber zu gewinnen seien, sei unklar. Allein die Erkundung der Vorkommen, eventuelle Genehmigungsverfahren und die Erschließung würden mindestens zehn Jahre in Anspruch nehmen.

Gleichwohl zeigt die Studie, dass sich die

Firmen der Probleme bei Energie- und Rohstoffkosten zunehmend bewusst werden, sich aber noch zu wenig dagegen wappnen. Nach Angaben Beumers besteht noch erhebliches Potenzial für Innovationen und mehr Effizienz. Noch versuchen die meisten Firmen, die Kosten im Einkauf zu senken oder über die Preise einfach weiterzugeben.

Vielen Unternehmern ist die Absicherung gegen Preisrisiken zu teuer

Skeptisch sind die Mittelständler auch mit Blick auf Finanzinstrumente zur Absicherung von Preiserhöhungen und Preisschwankungen. Nur jedes zehnte Unternehmen sichert Preisrisiken von Rohstoffen ab, nur weitere sechs Prozent ziehen das in Erwägung. Hauptgrund laut Beumer: Sie gelten als zu teuer, zu komplex und zu riskant. Außerdem glaubten ein Drittel der Unternehmen, dass es keine passenden Instrumente für die eigenen Risiken gebe. Die Absicherung sei nicht billig, stimmte Beumer zu. Aber nichts zu tun sei auch eine Form der Spekulation, die am Ende möglicherweise noch teurer sei.

► 11 · Wirtschaft

Zentralbank pumpt günstiges Geld ins System

Während die Politik über Finanzhilfen debattiert, handelt die Europäische Zentralbank (EZB). Zum Abschied flutet der scheidende Präsident Trichet die Banken mit billigem Geld.

► 17 · Kulturmagazin

Casper und die neue Innerlichkeit des Rap



Foto: Steffen Schmid

„Vielleicht liegt der Sieg darin, einfach aufzugeben.“: Das Innen ist das neue Außen – mit Rap, Indierock und viel Gefühl verdingt sich Casper in Stuttgart als Diskursdurcheinanderbringer.

Betriebsrenten sorgen bei EnBW für Unruhe

VON WALTHER ROSENBERGER

STUTTGART. Im Streit um nicht in vollständiger Höhe ausgezahlte Betriebsrenten könnte der Energieversorger EnBW vor dem Arbeitsgericht Stuttgart eine Schlappe erleiden.

Zu Beginn der Verhandlung am Donnerstag deutete die Vorsitzende Richterin Christine Reil an, der Argumentation der EnBW nicht zu folgen. Die EnBW hatte im Jahr 2004 im Rahmen eines allgemeinen Sparprogramms bestehende Rentenformeln für rund 3000 Beschäftigte geändert. Ziel war es, bei den Altersbezügen zehn Millionen Euro einzusparen.

Gegen diesen Schritt, der die Renten de facto von der Inflationsentwicklung entkoppelte, haben im April dieses Jahres mehrere EnBW-Beschäftigte geklagt. Der Klägeranwalt, Uwe Melzer, argumentierte am zweiten Verhandlungstag gestern, „sachlich-proportionale Gründe“, die einen Eingriff in die Renten der Betroffenen rechtfertigten, lägen nicht vor. Melzer vertritt die Fälle von aktuell 36 EnBW-Mitarbeitern. Drei der Kläger sind bereits im Ruhestand, die übrigen noch für den Konzern tätig. Das Urteil des Gerichts lag zu Redaktionsschluss noch nicht vor. Sollte die EnBW in dem Fall eine Schlappe kassieren, wäre der Konzern gezwungen, die Rentenhöhe neu zu berechnen. Allerdings deutet sich an, dass das Verfahren dann an einer höheren Instanz fortgesetzt wird.

Ratenkredite

10 000 Euro, Laufzeit 36 Monate

Anbieter	EffZins i. % p.a.
1822 direkt	5,85
Allgemeine Beamten Kasse	5,95
C&A Bank	5,41
Comdirect	6,15
Credit-Europe-Bank	7,95*
Degussa Bank	6,49
Deutsche Bank	6,55*
DKB Deutsche Kreditbank	5,95
Hypovereinsbank	5,99*
ING-DiBa	5,95
Netbank	5,90
Norisbank	6,90
Postbank	7,49
SKG Bank	5,55
Sparda-Bank BW	6,50*
SWK Süd-West-Kreditbank	5,75*
Ziraat-Bank Stuttgart	8,06*

Tendenz: ➔ stagnierend

*bonitätsabhängig
Angaben ohne Gewähr
Weitere Infos: www.stuttgarter-nachrichten.de
Quelle: biallo.de Stand: 6.10.2011